

Unterlate
werden angenommen
in Polen bei der Expedition
der Zeitung. Wilhelmstr. 17.
Herr Dr. Hirsch, Hofflieferant,
Dr. Gerber- u. Breitfeld-Ede,
Otto Lichten, in Firma
J. Bernau, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. Hirschfeld
in Posen

Mr. 411

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentlich zwei Mal,
eines auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement kostet vierjährlig
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
gan Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Donnerstag, 15. Juni.

Unterlate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Polen bei unseren
Agenturen, jerner bei den
Arroncen-Expeditionen
K. J. Poche, Haeslein & Vogler &
K. J. Denke & Co., Insolventen
**Berantwortlich für den
Unterlate:**
J. Klugkist
in Posen

1893

Alle Wähler, welche bis zur Stunde ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt haben, ersuchen wir auf das Dringendste, das Versäumte recht bald nachzuholen. In den späteren Nachmittagsstunden drängen sich ohnehin die Wähler an der Urne, und es kann auf diese Weise dem Sämmigen leicht die Abgabe ihrer Stimmen unmöglich gemacht werden. Möge auch Niemand glauben, daß es auf eine Stimme nicht ankomme, jede einzelne Stimme ist von Wichtigkeit. Bei einer Wahl, die nicht nur über die Militärvorlage, sondern über das Fortbestehen der wichtigsten Volksrechte entscheiden wird, wäre es Pflichtvergessenheit und Verrath an der Sache der Freiheit und des Fortschritts, sich der Ausübung des höchsten bürgerlichen Rechts zu entziehen. Wir hoffen, daß alle liberalen Wähler ohne Anspannung rechtzeitig ihre Stimmen abgeben werden für Herrn

**Bürgermeister a. D. Jaroslaw Herse
in Posen.**

Politische Übersicht.

Posen, 15. Juni.

Die freundliche Einladung des Reichskanzlers, es mögen Vorschläge zur Deckung der erhöhten Militärlasten aus dem Kreise der Sachverständigen und aus der Mitte der Bevölkerung kommen, ist am Geheimrat Camp nicht spurlos vorübergegangen. Herr Camp, dessen Phantasie in der Ausmalung neuer Steuern immer schon fruchtbar gewesen ist, hat sich diesmal selber übertragen. Uns wird aus dem bisherigen Wahlkreise Camps, Deutsch-Krone, mitgetheilt, daß Herr Camp in seiner dortigen Kandidatenrede vom letzten Sonnabend auf die Steuerfrage in Verbindung mit der sonstigen wirtschaftlichen Belastung und namentlich den Kosten des Klebegesetzes näher einging und daß er dabei Folgendes ausführte: Der Reichstag werde die vorhandenen Gesetze auf ihre Mängel zu prüfen und zu verbessern haben. Zunächst sei da die sogenannte soziale Gesetzgebung ins Auge zu fassen, die viel unnützes Beiwerk enthalte. Am meisten werde über das sogenannte Klebegesetz räsoniert; auch er sei der Ansicht, daß die Kleberei wegfallen könne. Wenn man z. B. die Salzsteuer ausgestalte und das Pfund Salz in Zukunft fünfzehn Pfennig koste, so würde der Arbeiter erheblich besser wegkommen, und es würden dann alle Revisionsbeamten, die jetzt so viel Geld kosteten, wegfallen können. So Herr Camp. In der Verschwiegenheit eines entlegenen Wahlkreises also macht dieser freikonservative Kandidat aus seinem Herzen keine Mördergrube und räsoniert nicht nur schlankweg über das "Klebegesetz", sondern empfiehlt gleichzeitig eine Steuer, die von allen hassen würdig ist und diese Abneigung auch reichlich verdient. Die Campsche Salzsteuer wird wohl der letzte Notbehelf sein, zu welchem die verblüdeten Regierungen greifen werden. Aber daß ein hochgestellter Beamter, dem die Auffindung von Steuerobjekten mit obliegt, gerade auf einen derartig unglücklichen Gedanken verfallen kann, ist immerhin des Nottrens werth.

Am Tage vor der Wahl erläßt der engere Ausschuss des Bundes der Landwirthe eine Erklärung, die für diejenigen Kandidaten, die es in der Wahlbewegung versucht haben, unter agrarischer Flagge Kontrebande durchzuschmuggeln, in peinliche Verlegenheit setzen muß. Die Herren v. Ploetz und Genossen haben in Erfahrung gebracht, daß untergeordnete Organe, d. h. Provinzialvorstände des Bundes auch solchen Kandidaten die Unterstützung des Bundes zugesagt, die es ablehnen, die bekannten sieben Fragen befriedigend zu beantworten. Das sei durchaus unzulässig. Zum mindesten müsse daran festgehalten werden, "daß jeder, welcher die Unterstützung der Bundesmitglieder in einem gewissen Landesteile genießen will, sich offen und rückhaltlos darüber erkläre, daß er jeden Handelsvertrag mit Russland ablehnen wird, welcher eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Schutzzölle zur Voraussetzung hat." Wo der Bund eigene Kandidaten aufstellt oder einen anderen Kandidaten nicht unterstützen kann, muß das öffentlich bekannt gemacht und jedem Mitgliede freie Hand gemäß seiner politischen Parteistellung gelassen werden. — Am Vorabend der Wahlen hat diese "korrekte" Erklärung keine praktische Bedeutung mehr. Die lokalen Vorstände des Bundes haben, selbst wenn sie sonst dem Befehle des Herrn v. Ploetz folgen möchten, gar keine Zeit und Gelegenheit mehr,

nochmalige Verhandlungen mit den unter der Patronage des Bundes stehenden Kandidaten zu führen und das Resultat derselben den Mitgliedern des Bundes zur Nachachtung bei der Wahl mitzutheilen. Darüber kann auch Herr v. Ploetz nicht im Zweifel sein. Der wirkliche Zweck des in letzter Stunde erlassenen Uras kann demnach nur der sein, den Schein zu retten und die Thatsache zu verschleiern, daß der "Bund der Landwirthe" trotz aller Tiraden über seine großen Erfolge in dem Wahlkampf eine ziemlich unschuldige Rolle gespielt hat und daß sein Einfluß auf die Wahlen den Erwartungen der Tivoli-Enthusiasten in keiner Weise entspricht.

In der italienischen Deputirtenkammer wurde am 4. März 1890 ein Grünbuch über Aethiopien (Abessinien) vertheilt, welches bis zum Abschlusse des Vertrages mit dem Könige Menelik reichte. Der Artikel 17 dieses aus Ucialli vom 2. Mai 1889 datirten Vertrages bestimmte: Der König von Aethiopien willigt ein, bei Verhandlungen mit anderen Mächten oder Regierungen sich der Vermittelung der Regierung des Königs von Italien zu bedienen. Durch diesen Vertrag sollte vor Allem die Stellung der Italiener in Massowah bestätigt werden. Allem Anschein nach werden von französischer Seite gegen Italien Intrigen gesponnen werden, wobei in Betracht kommt, daß die Franzosen am rothen Meer festen Fuß fassen und ihren Einfluß von dort aus ausbreiten wollen. Andererseits ist die Meldung, daß Russland mit Frankreich hinsichtlich Abessiniens, woselbst für die griechisch-katholische Kirche Propaganda gemacht werden soll, bestimmte Vereinbarungen getroffen habe, dementirt worden. In der Dienstag-Sitzung des italienischen Senats hat nun der Minister des Auswärtigen Aufklärungen ertheilt. Hierüber wird meldet:

Auf eine an ihn gerichtete Anfrage betreffs des Vertrages von Ucialli erklärte der Minister des Auswärtigen Brin, er wundere sich, daß von der Angelegenheit so viel Besens gemacht werde, als wenn es sich um etwas Unbekanntes handele. Die Nachricht sei bereits am 26. März von der "Agenzia Stefani" verbreitet und von ihm (dem Minister) selbst am 20. Mai der Kammer mitgetheilt worden. Der Minister warf alsdann einen Rückblick auf das Zustandekommen des Vertrages von Ucialli und führte aus, die Regierung habe die Dienste Traversis in Anspruch genommen, welcher die Mission geschickt durchgeführt habe und mit freundshaftlichen Anträgen Meneliks zurückgekehrt und später wieder mit genauen Instruktionen zu Menelik gelangt worden sei. Menelik habe an die Königin von England, den Kaiser und den Präsidenten Carnot Schreiben gerichtet, woraus aber nicht zu folgern sei, daß auch dem Kaiser von Österreich und dem Kaiser von Russland Schreiben Meneliks zugesangen seien. Die Königin von England und der deutsche Kaiser hätten sich in ihren Antwortschreiben durchaus der Erklärung Italiens angelehnt, daß der Vertrag bei gemeinsamem Einverständnis abgeändert werden könne, daß er doch unkündbar sei. Österreich-Ungarn habe Italien gegenüber erklärt, es werde ebenso vorgehen, falls Kaiser Franz Josef von Menelik ein Schreiben erhalten sollte, die italienische Regierung warte nunmehr den Ausgang der Verhandlungen Traversis ab. Die Absichten Italiens seien gemäßigte und freundshaftliche. Es werde nicht schwierig sein, ein Einvernehmen herzustellen; die Regierung wünsche ein solches. Sollte es anders kommen, so werde Italien auch in Afrika eine den neuen Verhältnissen angepaßte Politik folgen.

Aus diesen Erklärungen geht jedenfalls hervor, daß Frankreich gegenüber Italien tatsächlich eine auffallende Stellung beobachtet, die im Widerspruch mit dem Vertrage von Ucialli steht. Andererseits zeigt sich von neuem, welche Bedeutung die Tripelallianz für Italien hat.

Im norwegischen Storting fand am Dienstag die Interpellation Prahl über die eigenmächtige Ausstattung der Torpedoboote statt. Die Aussagen der drei vorgeladenen Marine-Offiziere über die in Horten im Mai vorgenommene Ausstattung von Torpedo- und Kanonenbooten ergaben keine neuen Momente. Bezüglich des Vorganges mit Waffen der Marine im Jahre 1884 erklärte der Arsenalverwalter Saade, daß sämtliche Gewehre und Pistolen der Marine in Christiania unbrauchbar gemacht worden seien durch Abschraubung gewisser Theile, die in Kisten verpackt worden seien. Der Befehl dazu sei von dem Vertheidigungsdepartement ausgegangen. Der ehemalige Marineminister Johansen, der gleichfalls vorgeladen war, sandte seine ärztliche Bescheinigung ein, daß er verhindert sei, zu erscheinen. Zugleich ließ derselbe eine schriftliche Erklärung überreichen, worin ausführlich wird, der Vorgang mit den Marinewaffen habe theils seine Ursache in den allgemeinen unruhigen Zuständen im Jahre 1884, theils habe es sich dabei um Versehen untergeordneter Beamten in Horten gehandelt, gegen welche kriegsgerichtlich vorgegangen sei. Alle vorgeladenen Personen hoben hervor, daß die Angelegenheit ganz unerheblich gewesen sei, und daß die Gewehre in kürzester Frist wieder in Stand gesetzt werden konnten.

Unterlate, die schgeschaltete Zeitung über dem Namen
in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittag-Ausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittag-Ausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. [Die Wahlen.] Wenn diese Zeilen dem Leser vor die Augen kommen, dann ist die Wahlschlacht schon im Gange, eine Entscheidung wird sie jedoch am heutigen Tage noch nicht bringen. Alle sorgfältigen Beobachter stimmen darin überein, daß weit über die Hälfte sämtlicher Mandate erst in Stichwahlen wird erstritten werden müssen. Also erst am Abend des 24. Juni wird man wissen, wie der neue Reichstag aussieht. In dieser Fülle von Stichwahlen spricht sich deutlicher, als es die Zerplitterung der gesammten Wahlbewegung vermochte, die tiefe Verküpfung unseres Volkes aus. Nur eine Minderheit der Abgeordneten wird von sich sagen können, daß sie die Mehrheit der Wähler ihres Wahlkreises vertrete. Für die meisten wird gelten, daß sie sich sozusagen als die lebendigen Destillate eines schwierigen chemischen Sonderungs- und Verbindungsprozesses darstellen. Ein Bruchteil ihrer Wähler wird ihnen nur als dem "kleineren Uebel" die Stimme geben, darum möge berjenige, der die Wahlen nicht bloß auf die Biffen der Gewählten, sondern auch auf die Biffen der Wähler hin prüfen will, schon jetzt scharf darauf achten, wie sich diese letzteren Zahlen gruppieren und wie sie von denen der vorangegangenen Reichstagswahlen abweichen. Es ist denkbar, daß die Sozialdemokraten auch diesmal keine größere Zahl von Abgeordneten, als im aufgelösten Reichstage zusammenbringen. Aber es wird werthvoll sein, darüber klar zu werden, ob dies zu hoffende Ergebniß blos die Folge von Wahlbündnissen der übrigen Gegner der Sozialdemokratie sein wird, oder ob ein Stillstand im Anschwellen der sozialistischen Stimmen die Ursache sein wird. Wir glauben an das Erstere, und wir befürchten, daß die Sozialdemokratie mit Stolz darauf wird hinweisen können, wie sehr ihre Mannschaften gewachsen sind. Eine genaue Kontrolle der Stimmen, die sich auf die einzelnen Parteien zusammenfinden, wird, unabhängig von der Zahl der Gewählten, die jede Partei wird präsentieren können, schon darum am Platze sein, weil diese Untersuchung einen starken Anhalt dafür bieten wird, wie sich die Bevölkerung etwa zu einer abermaligen Reichstagsauflösung stellen würde. Sind irgendwo Abgeordnete, gleichgültig, ob sie für oder gegen die Militärvorlage stimmen, nur mit knapper Mehrheit und nur auf Grund von gequälten Kompromissen gewählt worden, so wären derartige Wahlkreise bei wiederholtem Wahlgange leichter von der Gegenpartei zu erobern, als wenn die Mehrheiten stark wären. Wir glauben, daß solche Berechnungen alsbald, schon während der einlaufenden Wahltelegramme, innerhalb der Regierung werden angestellt werden. Kaum jemals vorher ist es so wichtig, wie gegenwärtig gewesen, mit welcher Stärke die Parteien in den Reichstag einzücken werden. Es ist doppelt wichtig, weil die Zustände, von denen diese Wahlen Zeugnis ablegen sollen, unter Umständen nicht die Zeit haben werden, sich zu fixiren und durch ihr Schwergewicht eine Konsolidierung der Volksstimmungen herbeizuführen. Bleitet sich, im Sinne der Regierung, die Rothwendigkeit dar, binnen Kurzem wieder aufzulösen, so kann es geradezu entscheidend sein, ob dieses oder jenes Mandat mit nur geringer Mehrheit erstritten worden ist. Indessen weisen folche Betrachtungen über den eigentlichen Wahlakt hinaus, und die Parteien haben gegenwärtig, wie es übrigens recht und billig ist, mit näher liegenden Sorgen zu thun. — Nach einer gestern von Adolf Wagner gehaltenen Rede möchte man annehmen, daß dieser Herr absolut nicht wünscht, in Berlin II gewählt zu werden. Er hat Alles gethan, noch in letzter Stunde, um sich unmöglich zu machen. Noch heute nämlich hält er das Tabaksmonopol für die empfehlenswerteste Maßregel zur Durchführung der Sozialreform. Freilich, was Herr Wagner heute für gut findet, das kann ihm morgen gründlich missfallen. In derselben Rede, die dies Bekanntnis zum Tabaksmonopol brachte, meinte Herr Wagner, er sei jetzt für die Getreidezölle, während er es früher allerdings nicht gewesen sei. Herr Wagner ist jetzt auch wieder für die Behandlung der Judenfrage nach Südererschen Rezepten, nachdem er eine Zeit lang von seinem Burenfreunde derart vernachlässigt abgeschrägt war, daß ihn die Antisemiten schon als mit jüdischem Gelde gefaßt ausgaben. Diese neueste Rückschwung Wagner's in die antisemitische Frontlinie wird man ihm gewiß am ehesten glauben. Auf die Nationalliberalen hat er ja ohnehin keine Rücksicht mehr zu nehmen, seitdem sie ihm einen Kandidaten gegenübergestellt haben, und zu den alten Freunden zieht so um so stärker die alte Sehnsucht.

— Der Kaiser hat das Abschiedsgesuch des bisherigen General-Inspekteurs der Fuß-Artillerie, Generals der Artillerie Saliba, laut folgender Kabinetsordre genehmigt: „Ich entspreche Ihnen, mir unter dem 7. Juni d. J. vorge-

